

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 17 | 28.04.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 41/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020** geändert wird (Überschreitungsermächtigung für Personalkapazitäten)

[BGBl I 42/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz** geändert wird (Ermächtigung zur Haftungsübernahme durch den Bundesminister für Finanzen; Erhöhung des maximalen Haftungsrahmens; Einbeziehung von Währungs- und Zins-tauschverträgen)

[BGBl I 43/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Ausfuhrförderungsgesetz** geändert wird (Reduzierung des Haftungsrahmens; Darstellung von Beteiligungsfinanzierungen und entwicklungspolitischen Maßnahmen der Oesterreichischen Entwicklungsbank AG; Berücksichtigung von anerkannten internationalen Standards wie zB die OECD Leitsätze bei der Prüfung von Anträgen; Verlängerung des Ausfuhrförderungsg um weitere fünf Jahre)

[BGBl I 44/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Flugabgabengesetz** geändert wird (Senkung der Flugabgabentarife zur Erhöhung des Passagieraufkommens)

[BGBl I 45/2017](#)

Bundesgesetz über die Grundsätze der Deregulierung (**Deregulierungsgrundsatzgesetz**) (Einführung einer „One in, one out“ Regelung; Einführung einer „Sunset Clause“ Regelung; Neuerlassung und Ausbau der Regelungen zu „Gold Plating“)

[BGBl I 46/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **IAKW-Finanzierungsgesetz** geändert wird (Verbesserung der Standortqualität des Österreichischen Konferenzentrums in Wien)

[BGBl I 47/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Berufsreifeprüfungsgesetz** und das **Prüfungstaxengesetz** geändert werden (Einführung einer mündlichen Kompensationsprüfung; Möglichkeit zur Verlegung des Prüfungsorts)

[BGBl I 48/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Apothekerkammergesetz 2001** geändert wird (Einführung einer Haushaltsordnung; Befristung der Bestellung des Disziplinaranwalts; Veränderung der Anwesenheitsquoten für Abteilungsausschüsse; Bezeichnungspflicht „im übertragenen Wirkungsbereich“ für Aufgaben der Österreichischen Apothekerkammer; Klarstellung der Anfechtbarkeit von Wahlen der Delegiertenversammlung)

[BGBl I 49/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** geändert wird (Änderung einiger Paragraphenverweise)

[BGBl I 50/2017 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (**Pauschalreisegesetz – PRG**) erlassen wird sowie das **Konsumentenschutzgesetz**, das **Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz** und das **Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetz** geändert werden (Schaffung eines PauschalreiseG im Rahmen der Richtlinienumsetzung (EU) 2015/2302; Einschränkung des KSchG um die Regelungen über den Reiseveranstaltungsvertrag)

[BGBl I 51/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz** geändert wird (Berücksichtigung neuer und geänderter unionsrechtlicher Bestimmungen)

[BGBl I 52/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gerichtsorganisationsgesetz** geändert wird (Klarstellungen im Zusammenhang mit der Hausordnung; Sicherstellung einer einheitlichen, sich ausschließlich an objektiven Kriterien orientierenden, Heranziehung von Richterinnen und Richtern für die Justizverwaltungsangelegenheiten der Bezirksgerichte; Schaffung einer klaren Zuordnung der Gerichtsabteilungen zu den bei einem Gericht tätigen Richterinnen und Richtern; Klarstellung, wer für Änderungen der Geschäftsverteilung bei der Zuweisung von Sprengelrichterinnen und -richtern sowie Vertretungsrichterinnen und -richtern zuständig ist; Verankerung der Beteiligung der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter am richterlichen Fortbildungsprogramm durch eigene Fortbildungsveranstaltungen; Anpassung des Dienstwegs an die tatsächlichen Gegebenheiten; Übertragung der routinemäßigen Überprüfung des Vorhandenseins einer Unterschrift auf physischen Eingaben der Parteien an die Geschäftsstelle)

[BGBl I 53/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundeshaushaltsgesetz 2013**, das **Bundesfinanzierungsgesetz**, das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz**, das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz**, das **Bauern-Sozialversicherungsgesetz**, das **Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** und das **Notarversicherungsgesetz 1972** geändert werden (Verankerung von Grundsätzen für das Finanzmanagement des Bundes; Möglichkeit zur Bündelung des Finanzmanagements bei der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur)

[BGBl I 54/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Gesundheitsberuferegister-Gesetz, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und das MTD-Gesetz geändert werden (**GBRG-Novelle 2017**) (Umsetzung der evaluierten Bestimmung des § 12 Gesundheitsberuferegister-G; Optimierung der Übergangsbestimmungen des Gesundheitsberuferegister-G; Herstellung der Kompatibilität in den Berufsg)

[BGBl I 55/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem ein **Bundesgesetz über die unentgeltliche Eigentumsübertragung von Liegenschaften und Mobilien des Bundes an das Land Salzburg** erlassen und das **Bundesimmobiliengesetz** geändert wird (Möglichkeit zur dau-

erden Übertragung von historischen Liegenschaften, Objekten und Mobilien des Bundes an das Land Salzburg in dessen Eigentum und alleinige Verantwortung; formale Änderung der Anlage B zum BundesimmobilienG)

BGBI I 56/2017

Bundesgesetz, mit dem das Kartellgesetz 2005, das Wettbewerbsgesetz und das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen geändert werden (**Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz 2017 – KaWeRÄG 2017**) (Schaffung von Rechtssicherheit für die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen aus Wettbewerbsrechtsverletzungen; Verbesserung der Transparenz im kartellgerichtlichen Verfahren; Sicherstellung der Qualität von Sachverständigengutachten im Kartellverfahren; Sicherstellung des fairen Wettbewerbs in der Lieferkette und weitere Modernisierungsmaßnahmen)

BGBI I 57/2017 (Anlagen 1 bis 7)

Bundesgesetz über die Marktüberwachung von Funkanlagen (**Funkanlagen-Marktüberwachungs-Gesetz – FMaG 2016**) (Einrichtung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie als notifizierende Behörde; Aufnahme von Regelungen über das Notifizierungsverfahren sowie über Beschwerdeverfahren gegen Feststellungen notifizierter Stellen; Schaffung der Möglichkeit der Warnung vor gefährlichen Produkten in den Medien; Aufnahme von Regelungen betreffend die Aufsicht über via Fernabsatz auf dem Markt bereitgestellte Produkte)

BGBI I 58/2017

Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959, das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000, das Immissionsschutzgesetz – Luft, das Klimaschutzgesetz, das Umweltförderungsgesetz, das Bundesluftreinhaltegesetz, das Altlastensanierungsgesetz, das Chemikaliengesetz 1996, das Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz, das Pflanzenschutzgesetz 2011, das Düngemittelgesetz 1994, das Futtermittelgesetz 1999, das BFW-Gesetz, das Rebenverkehrsgesetz 1996, das Produktenbörsengesetz, das Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, das Klima- und Energiefondsgesetz 2007 und das Spanische Hofreitschule-Gesetz geändert und das Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, das Börsesensale-Gesetz und das Bundesgesetz über das Bundesamt für Wasserwirtschaft aufgehoben werden (**Verwaltungsreformgesetz BMLFUW**) (Änderungen im Verfahrensbereich; Entfall oder Straffung von gesetzlichen Bestimmungen; Verlängerung von Fristen; Erweiterung des möglichen Auftragnehmerkreises; Verflachung der Hierarchien; Schaffung eines geregelten Datenmanagements)

BGBI I 59/2017

Bundesgesetz, mit dem das Erwachsenenvertretungsrecht und das Kuratorenrecht im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt werden und das Ehegesetz, das Eingetragene Partnerschaft-Gesetz, das Namensänderungsgesetz, das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten, das Außerstreitgesetz, die Zivilprozessordnung, die Jurisdiktionsnorm, das Rechtspflegergesetz, das Vereinsnachwalter-, Patientenanzwalts- und Bewohnervertretergesetz, das Unterbringungsgesetz, das Heimaufenthaltsgesetz, die Notariatsordnung, die Rechtsanwaltsordnung, das Gerichtsgebührengesetz und das Gerichtliche Einbringungsgesetz geändert werden (**2. Erwachsenenschutz-Gesetz – 2. ErwSchG**) (Ausbau der Vertretungsmodelle und der Alternativen zur Sachwalterschaft; Stärkung der Autonomie im Rechtsverkehr und in persönlichen Angelegenheiten; terminologische Anpassungen)

BGBI I 60/2017

Bundesgesetz, mit dem das Firmenbuchgesetz, das EU-Verschmelzungsgesetz und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden (**BRIS-Umsetzungsgesetz – BRIS-UmsG**) (Änderungen zur Umsetzung der BRIS-RL)

BGBI I 61/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Tierschutzgesetz** geändert wird (Klarstellung, dass im Nutztierbereich auch eine Regelung möglich ist, bei der zwar die notwendige Betäubung durch den Tierarzt erfolgt, der Eingriff selbst aber durch eine sachkundige Person vorgenommen wird; klare Regelung der Rechtspersönlichkeit der Fachstelle für tiergerechte Tierhaltung und Tierschutz; Verbesserung der Rechtsstellung der Tierschutzombudspersonen; Klarstellung, dass der rechtmäßige Einsatz von Diensthunden und die erforderliche Ausbildung dazu keine Tierquälerei darstellt; Klarstellung, dass das Führen von Hunden an der Leine, das Anbinden im Rahmen von rechtskonformen Ausbildungsmaßnahmen etc keine verbotene Anbindehaltung ist; Ergänzung der Strafbestimmungen; Einführung der verpflichtenden Kennzeichnung von Zuchtkatzen)

[BGBl II 113/2017](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung über die Pflicht zur Mitwirkung an Erhebungen durch das BIFIE (**7. BIFIE-Erhebungsverordnung**)

[BGBl II 116/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über Vorschriften, unter welchen Bedingungen Grenzen von Grundstücken durch Bodenbewegungen als verändert anzusehen sind (**Bodenbewegungsverordnung** – BodBwV)

[BGBl III 66/2017 \(Anlage\)](#)

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der internationalen kriminalpolizeilichen Organisation-INTERPOL (ICPO-INTERPOL) über die Privilegien und **Immunitäten** von ICPO-INTERPOL während der **45. Europäischen Regionalkonferenz**

[BGBl III 67/2017 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich vertreten durch den Bundesminister für Finanzen und der Regierung der **Republik Kosovo** vertreten durch den Minister für Finanzen über die **finanzielle Kooperation**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 110 v 27.04.2017, 1](#)

Mitteilung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den **Salomonen** über die **Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

23.02.2017, [E 795/2016](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichterteilung eines **Einreisetitels für die Ehefrau** eines in Österreich asylberechtigten pakistanischen Staatsangehörigen infolge Unterlassens eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens zur Frage der Eheschließung der Bf

23.02.2017, [E 2212/2015](#)

EinkommensteuerG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch einen **Haftungs- und Abgabenbescheid** betreffend Kapitalertragsteuer nach Widerruf einer Privatstiftung mangels Berücksichtigung der der Stifterin vorbehaltenen Fruchtgenussrechte bei Bewertung der Zuwendung

24.02.2017, [E 1846/2016](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Antrags auf **internationalen Schutz** und Feststellung der Zuständigkeit Italiens sowie Anordnung der **Außerlandesbringung** infolge Unterlassens eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens und Ignorieren des Beschwerdevorbringens

24.02.2017, [E 2701/2016](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status des Asylberechtigten** bzw subsidiär Schutzberechtigten für einen Staatsangehörigen von Nigeria mangels Auseinandersetzung

mit vorgelegten Beweismitteln für die – als Fluchtgrund angegebene – Mitgliedschaft zu einer politischen Oppositionsgruppe und mangels Auseinandersetzung mit der familiären Situation des Bf

07.03.2017, [G 407/2016 ua](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; kein Verstoß der Bestimmungen über Beitragszuschläge wegen Unterlassung der Meldung zur Sozialversicherung vor Arbeitsantritt gegen das Doppelbestrafungsverbot; **Beitragszuschlag keine Strafe** bzw keine Sanktion strafrechtlichen Charakters, **sondern Pauschalersatz** der Dienstgeber für den Verwaltungsaufwand der Krankenversicherungsträger zur Aufdeckung von Schwarzarbeit; kein Verstoß gegen das Eigentums- und Gleichheitsrecht im Fall der Inanspruchnahme eines Steuerberaters

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.03.2017, [Ra 2016/19/0350](#)

Status-RL; Verfolgung aus dem Konventionsgrund der Zugehörigkeit zu einer „**sozialen Gruppe**“; Notwendigkeit von Feststellungen zu den Merkmalen bzw zur abgegrenzten Identität dieser Gruppe als auch zum kausalen Zusammenhang mit der Verfolgung; gem Art 10 Abs 1 lit d Status-RL liegt eine bestimmte soziale Gruppe insbesondere dann vor, wenn die Mitglieder dieser Gruppe angeborene Merkmale oder einen gemeinsamen Hintergrund, der nicht verändert werden kann, gemein haben oder Merkmale oder eine Glaubensüberzeugung teilen, die so bedeutsam für die Identität oder das Gewissen sind, dass der Betreffende nicht gezwungen werden sollte, auf sie zu verzichten; zum anderen muss die Gruppe in dem betreffenden Land eine deutlich abgegrenzte Identität haben, da sie von der sie umgebenden Gesellschaft als andersartig betrachtet wird

30.03.2017, [Fr 2015/07/0001](#)

ZustellG; die in § 17 Abs 2 ZustellG genannte Verständigung des Empfängers von der Hinterlegung (**Hinterlegungsanzeige**) ist unabdingbare Voraussetzung einer Zustellung durch Hinterlegung gem § 17 Abs 3 leg cit; unterbleibt die Hinterlegungsanzeige, so tritt eine wirksame Zustellung durch Hinterlegung nicht ein; zwar stellt ein ordnungsgemäßer Zustellnachweis als öffentliche Urkunde einen Beweis über die Zustellung dar; allerdings ist der Gegenbeweis möglich

30.03.2017, [Ra 2015/07/0009](#)

WasserrechtsG; Auftrag gem § 138 Abs 1 lit a WasserrechtsG den auf dem ggst Grundstück errichteten und betriebenen Arteser zu verschließen; Adressat eines wasserpolizeilichen Auftrags nach § 138 Abs 1 leg cit ist nicht der Grundstückseigentümer bzw der Eigentümer einer Baulichkeit oder Anlage, sondern derjenige, der die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes übertreten hat; die Erlassung eines wasserpolizeilichen Auftrags auch gegenüber dem (Mit-)Eigentümer der betreffenden Liegenschaft ist daher keine Voraussetzung für die **Vollstreckbarkeit eines wasserpolizeilichen Auftrags** nach § 138 Abs 1 und 2 leg cit

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Oö 18.04.2017, [LVwG-551086](#)

Oö Natur- und LandschaftsschutzG; unter Zugrundelegung einer verfassungskonformen Interpretation muss der **Oö UmweltschutzG** zumindest dahin eine (beschränkte) **Parteistellung** zukommen, ob die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren nach § 44 Abs 3 Oö Natur- und LandschaftsschutzG (bloße Verlängerung einer befristet erteilten naturschutzbehördlichen Bewilligung) vorliegen

LVwG Oö 18.04.2017, [LVwG-850650](#)

Oö StarkstromwegeG; soweit die Bf einwenden, dass kein Bedarf an der Neuerrichtung einer 110 kV-Leitung bestehe, wird damit **kein subjektiv-öffentliches Recht**, auf Grund dessen ihnen Parteistellung gem § 7 Oö StarkstromwegeG zukäme, geltend gemacht

LVwG Oö, 18.04.2017, [LVwG-850730](#)

GewO; WertpapieraufsichtsG; unterbleibt gem § 136a Abs 10 GewO die Mitteilung eines neuen Vertretungsverhältnisses bloß deshalb, weil die Bf auf Grund einer entsprechenden Vereinbarung mit der Finanzbehörde vertretbar davon ausgehen konnte, dass jene die Gewerbebehörde entsprechend informieren würde, und stützt sich der angefochtene **Entziehungsbescheid** zudem insoweit auf eine unzutreffende Rechtsgrundlage, ist dieser **ersatzlos aufzuheben**

LVwG Oö 19.04.2017, [LVwG-000173](#)

TiertransportG; VwGVG; wenn der Bf lediglich vorbringt, hinsichtlich des Tatvorwurfs – nämlich einer Übertretung des § 21 Abs 1 TiertransportG – eingeschüchtert bzw **unter Druck gesetzt worden** zu sein, wird allein dadurch noch nicht geltend gemacht, dass er auch in Bezug auf die Abgabe des **Rechtsmittelverzichts** genötigt worden wäre; mangels eines dementsprechend substantiierten Vorbringens erweist sich der Verzicht daher als wirksam, weshalb die Beschwerde gemäß § 7 Abs 2 VwGVG als unzulässig zurückzuweisen war

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[26.01.2017, Rs C-527/15, Stichting Brein](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – Richtlinie 2001/29/EG – **Harmonisierung** bestimmter Aspekte des **Urheberrechts** und der verwandten Schutzrechte – Art 3 Abs 1 – Öffentliche Wiedergabe – Begriff – **Verkauf** eines **multimedialen Medienabspielers** – Zusätzliche Module (Add-ons) – Veröffentlichung von Werken ohne Erlaubnis ihres Inhabers – **Zugang zu Streamingseiten** (Streaming) – Art 5 Abs 1 und 5 – Vervielfältigungsrecht – Ausnahmen und Beschränkungen – **Rechtmäßige Nutzung**

[26.01.2017, Rs C-564/15, Farkas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Von Amts wegen zu prüfende Frage eines Verstoßes gegen das Unionsrecht – **Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Recht auf Vorsteuerabzug – **Reverse-Charge-Verfahren** – Art 199 Abs 1 Buchst g – Anwendung ausschließlich auf Grundstücke – **Rechtsgrundlose Zahlung** der Steuer durch den Erwerber von Gegenständen an den Verkäufer aufgrund einer **fehlerhaft ausgestellten Rechnung** – Bescheid der Steuerbehörde, mit dem eine Steuerschuld zulasten des Erwerbers von Gegenständen festgestellt, die von ihm beantragte Erstattung abgelehnt und eine Geldbuße gegen ihn verhängt wird

[26.01.2017, Rs C-632/15, Popescu](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Straßenverkehr – **Führerschein** – Richtlinie 2006/126/EG – Art 13 Abs 2 – Begriff ‚vor dem 19. Januar 2013 erteilte Fahrerlaubnis‘ – Nationale Regelung zur **Umsetzung dieser Richtlinie** – Verpflichtung zum Erwerb eines Führerscheins für Personen, die vor Inkrafttreten dieser Regelung zum Führen von Kleinkrafträdern ohne Führerschein berechtigt waren

[26.01.2017, Rs C-51/16, Stryker EMEA Supply Chain Services](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – Tarifpositionen – **Einreihung von Waren** – Implantatschrauben, die dazu bestimmt sind, zur **Behandlung von Knochenbrüchen** oder zum **Einsetzen von Prothesen** in den menschlichen Körper eingebracht zu werden – Kombinierte Nomenklatur – Position 9021 – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1212/2014 – Gültigkeit

[26.01.2017, Rs C-142/16, Kommission / Deutschland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 Abs 3 – Erhaltung der natürlichen Lebensräume – **Errichtung des Kohlekraftwerks** Moorburg (Deutschland) – **Natura-2000-Gebiete** am Lauf der Elbe stromaufwärts vom Kohlekraftwerk – **Prüfung der Verträglichkeit** eines Plans oder Projekts mit einem geschützten Gebiet

[27.01.2017, Rs C-469/15 P, FSL ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Europäischer Markt für Bananen in Griechenland, Italien und Portugal – Koordinierung bei der **Festsetzung von Preisen** – Zulässigkeit von Beweisen, die von nationalen Steuerbehörden weitergegeben werden – Verteidigungsrechte – **Berechnung der Geldbuße** – Umfang der gerichtlichen Kontrolle – Einstufung als ‚Vereinbarung, die eine Einschränkung des Wettbewerbs bezweckt

[27.01.2017, Rs C-516/15 P, Akzo Nobel ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Kartelle – Europäische Märkte für Zinnstabilisatoren und für ESBO/Ester-Wärmestabilisatoren – Festsetzung von Preisen, Aufteilung der Märkte und **Austausch sensibler Geschäftsinformationen** – Zurechnung des **rechtswidrigen Verhaltens** von **Tochtergesellschaften** an die Muttergesellschaft – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 25 Abs 1 – **Verfolgungsverjährung** gegenüber den Tochtergesellschaften – Auswirkungen auf die rechtliche Situation der Muttergesellschaft

[27.01.2017, Rs C-535/15, Pinckernelle](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (**REACH-Verordnung**) – **Allgemeine Registrierungspflicht** und Informationsanforderungen – Nicht registrierte chemische Stoffe – **Ausfuhr nicht registrierter chemischer Stoffe** aus dem Gebiet der Europäischen Union

[27.01.2017, Rs C-559/15, Onix Asigurări](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 73/239/EWG – Richtlinie 92/49/EWG – Grundsatz der **einheitlichen Zulassung** – Grundsatz der **Aufsicht** durch den **Herkunftsmitgliedstaat** – Art 40 Abs 6 – Begriff ‚Unregelmäßigkeiten‘ – Zuverlässigkeit der Aktionäre – Verbot für ein in einem Mitgliedstaat niedergelassenes **Versicherungsunternehmen**, im Staatsgebiet eines anderen Mitgliedstaats neue Verträge abzuschließen

[27.01.2017, Rs C-620/15, A-Rosa Flussschiff](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wanderarbeitnehmer** – Soziale Sicherheit – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 14 Abs 2 Buchst a – Verordnung (EWG) Nr 574/72 – Art 12a Nr 1a – Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft – **Fahrendes Personal** – In einen anderen Mitgliedstaat **entsandte Arbeitnehmer** – Schweizerische Zweigstelle – Bescheinigung E 101 – Beweiskraft

[27.01.2017, Rs C-672/15, Noria Distribution](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2002/46/EG – Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über **Nahrungsergänzungsmittel** – **Vitamine und Mineralstoffe**, die bei der Herstellung von Nahrungsergänzungsmitteln verwendet werden dürfen – **Höchstmengen** – Zuständigkeit der Mitgliedstaaten – Nationale Regelung zur **Festsetzung dieser Mengen** – **Gegenseitige Anerkennung** – Fehlen – Bei der Festsetzung der Mengen zu erfüllende Anforderungen und zu berücksichtigende Kriterien

[27.01.2017, verb Rs C-680/15 und C-681/15, Asklepios Kliniken Langen-Seligenstadt](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unternehmensübergang** – Wahrung von **Ansprüchen der Arbeitnehmer** – Richtlinie 2001/23/EG – Art 3 – Arbeitsvertrag – Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats, die die Vereinbarung von Klauseln gestatten, die auf **Tarifverträge** nach dem Zeitpunkt des Übergangs verweisen – Wirksamkeit gegenüber dem Erwerber

B. SCHLUSSANTRÄGE

[24.04.2017, Rs C-600/14, Deutschland / Rat \(GA Szpunar\)](#)

Nichtigkeitsklage – **Auswärtiges Handeln der Europäischen Union** – Zuständigkeiten der Union – Art 216 Abs 1 AEUV – Art 218 Abs 9 AEUV – Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Union in einem durch eine internationale Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten ist – Revisionsausschuss der **Zwischenstaatlichen Organisation** für den **Internationalen Eisenbahnverkehr** (OTIF) – Änderungen des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) und seiner Anhänge – **Gültigkeit des Beschlusses** 2014/699/EU

[25.04.2017, verb Rs C-596/15 P und C-597/15 P, Bionorica / Kommission \(GA Bobek\)](#)

Rechtsmittel – Gesundheit der Bevölkerung – Gesundheitsbezogene Angaben zu pflanzlichen Stoffen – **Unterlassung der Kommission**, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit anzuweisen, **gesundheitsbezogene Angaben zu pflanzlichen Stoffen zu bewerten**

[26.04.2017, Rs C-174/16, H \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Überarbeitete Rahmenvereinbarung über den **Elternurlaub** – Begriff der ‚erworbenen Rechte oder Anwartschaften‘ – **Gleichbehandlung** von Männern und Frauen in **Arbeits- und Beschäftigungsfragen** – Regelung eines Mitgliedstaats, die von Rechts wegen und ohne Verlängerungsmöglichkeit den Ablauf der zweijährigen Probezeit eines Beamten auf Probe für ein Amt mit leitender Funktion vorsieht, auch wenn die Abwesenheit auf einem Elternurlaub beruht – Rechtfertigung – Verstoß gegen das Unionsrecht – Ausgleich

[26.04.2017, Rs C-180/16 P, Toshiba / Kommission \(GA Tanchev\)](#)

Rechtsmittel – Art 101 AEUV – **Gasisolierte Schaltanlagen** – Kommissionsentscheidung zur Änderung der ursprünglichen Entscheidung nach deren teilweiser Nichtigerklärung durch das Gericht – **Geldbußen** – Verteidigungsrechte – Mitteilung der Beschwerdepunkte – Gleichbehandlung – **Beteiligung** an bestimmten Aspekten eines Kartells – Rechtskraft

[26.04.2017, Rs C-249/16, Kareda \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Begriff ‚Vertrag oder **Ansprüche aus einem Vertrag**‘ – Klage eines Schuldners gegen den Mitschuldner auf **Erstattung** der aufgrund eines **gemeinsamen Kreditvertrags** an eine Bank **gezahlten Raten** – Bestimmung des **Ortes**, an dem die **Verpflichtung** aus dem Kreditvertrag erfüllt worden ist oder zu erfüllen wäre

[27.04.2017, Rs C-648/15, Österreich / Deutschland \(GA Mengozzi\)](#)

Art 273 AEUV – Streitigkeit zwischen Mitgliedstaaten, die aufgrund eines **Schiedsvertrags** beim Gerichtshof anhängig gemacht wird – Zuständigkeit – Steuerrecht – **Auslegung eines Doppelbesteuerungsabkommens** – Besteuerung bestimmter Wertpapiere oder Finanzinstrumente (**Genussscheine**) – Forderungszinsen – Begriff ‚Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung‘ – Gewinnobligationen – **Partiarische Darlehen** – Stiller Gesellschafter

[27.04.2017, Rs C-39/16, Argenta Spaarbank \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Richtlinie 90/435/EWG – Mutter-Tochter-Richtlinie – Art 1 Abs 2, Art 3 Abs 2 und Art 4 Abs 2 – **Befreiung** von **Dividendeneinkünften** von der **Körperschaftsteuer** – Kosten der Beteiligung – Rechtsmissbrauch

[27.04.2017, Rs C-248/16, Austria Asphalt \(GA Kokott\)](#)

Wettbewerb – Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (**Fusionskontrolle**) – Art 3 der Verordnung (EG) Nr 139/2004 (‚EG-Fusionskontrollverordnung‘) – Sachlicher Anwendungsbereich – Begriff des Zusammenschlusses – **Übergang** von **alleiniger Kontrolle** zu **gemeinsamer Kontrolle** an einem Unternehmen – Verwandlung eines bestehenden Unternehmens ohne **Vollfunktionscharakter** in ein Gemeinschaftsunternehmen ohne Vollfunktionscharakter – **Zuständigkeitsabgrenzung** zwischen der Europäischen Kommission und den für die Fusionskontrolle zuständigen nationalen Stellen

C. GERICHT

[27.04.2017, T-375/15, Germanwings / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Beihilfe** für eine den Flughafen **Zweibrücken nutzende Fluggesellschaft** – Vorteil – Zurechenbarkeit zum Staat – **Begründungspflicht** – Vertrauensschutz – Zugang zu Dokumenten – Dokumente, die ein Verfahren zur Kontrolle staatlicher Beihilfen betreffen – **Ablehnung** des Zugangs zu den **angeforderten Dokumenten** – Ausnahme zum Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

25.04.2017, Beschwerde Nr. [41697/12](#), *Krasniqi / Österreich*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **trotz familiärer Bindungen** und **langjährigem Aufenthalt** in Österreich keine Konventionswidrigkeit im Fall der **Abschiebung** des kosovarischen Bf aufgrund seiner wiederholten **Straffälligkeiten**

25.04.2017, Beschwerde Nr. [54977/12](#), *Magyarországi Evangéliumi Testvérközösség / Ungarn*

Art 41 EMRK (Gerechte Entschädigung); Zuerkennung von **Schadenersatzzahlung** iHv 3.000.000 Euro für die bf **Religionsgemeinschaft**, deren Verletzung in Konventionsrechten durch die **Aberkennung** des **Status** als staatlich anerkannte **Religionsgemeinschaft** infolge einer Gesetzesnovelle und dem damit einhergehenden Verlust finanzieller Mittel in einem Urteil des EGMR 2014 festgestellt worden war

27.04.2017, Beschwerde Nr. [73607/13](#), *Sommer / Deutschland*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privatlebens); unverhältnismäßiger Eingriff in das Recht des bf **Anwalts** auf Achtung seines Privatlebens aufgrund der **Einholung von Informationen** über das **Bankkonto** seiner Kanzlei im Zuge strafrechtlicher **Ermittlungen** der **Staatsanwaltschaft** gegen einen seiner Klienten

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.